

## **Weder Bauland noch Industriegelände – aber was dann?**

**Hardenkaserne: Fachausschüsse sollen Konzept entwickeln / SPD: „Wollen eine geordnete Entwicklung“**

**Über eine mögliche künftige Nutzung werden sich die Politiker wohl noch länger den Kopf zerbrechen, doch immerhin: Die Hardenkaserne ist vom Obernkirchener Stadtrat einmütig wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt worden. Wie mit dem Areal umgegangen werden könnte, soll jetzt in den Fachausschüssen beraten werden.**

**Obernkirchen.** Großen Hoffnungen, dort den Stein der Weisen für das ehemalige Militärgelände zu finden, werden sich die Politiker wohl nicht hingeben. Schließlich, so unterstrich Thomas Stübke (Bündnis 90/Die Grünen), habe man in all den zurückliegenden Jahren keine „nachhaltige Lösung“ gefunden. So hätten sich Überlegungen, dort Wohnungen zu bauen, zerschlagen, weil der Markt in der Bergstadt gesättigt sei. Eine Nutzung als Industriestandort scheitere schon an der mangelhaften Verbindung. Stübke sprach sich dafür aus, die zum großen Teil verfallenen Häuser und Hallen nicht abzureißen, bevor ein Konzept vorliege.

Zuvor hatte SPD-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Mevert seinen Abriss-Antrag mit der künftigen Stadtentwicklung begründet. Das Militär sei abgerückt, damit sei für die Kaserne die Ursprungsgrundlage weggefallen. Daher sei das Bundesvermögensamt als Besitzer der Bundesliegenschaft am Zug und müsse das Areal in den „ursprünglichen Zustand“ zurückversetzen. Denn viele Gespräche mit Investoren seien auch daran gescheitert, dass die Kosten für einen Abriss gar nicht zu kalkulieren seien, potenzielle Investoren davor dann auch zurückgeschreckt seien. „Uns geht es um eine geordnete Entwicklung“, formulierte es der SPD-Chef. Mevert verwies auf zwei Beispiele: In Hessisch Oldendorf und auch in Hameln habe das Bundesvermögensamt die Häuser auf den leerstehenden Kasernengeländen abreißen lassen und so den Weg für eine Nachnutzung geebnet. „Ein Abriss“, so Mevert, „ist also nichts Außergewöhnliches.“

Auf ein ganz anderes Problem wies Heinz Bruns (SPD) hin, der in der Nähe der Kaserne wohnt. In der Nacht seien dort immer wieder Aktivitäten festzustellen, und bis die Polizei komme und sich kümmere, das dauere zuweilen. Bruns sprach von einem „nicht haltbaren Zustand“.

Doch bevor dem Bundesvermögensamt nun die Abriss-Aufforderung ins Haus flattert, soll im Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung und dem Ausschuss für Feuerwehr- und Ordnungswesen gemeinsam darüber nachgedacht werden, wie das Gelände genutzt werden könnte. Ein kleines Pfund, mit dem die Stadt gegenüber dem Bundesvermögensamt wuchern könnte, gibt es auch: Für die künftige Nutzung ist eine Bauleitplanung notwendig. Diese gibt es ohne die Stadt nicht. rnk